

# QUARTALSBERICHT

Projektländer: Ghana, Benin, Burkina Faso, Togo

Quartal/Jahr: III/2011

## REGION - SCHLAGZEILEN

- 1. Verbessertes Wachstum in Westafrika trotz weltweiter Krise**
- 2. Westafrikanische Entwicklungsbank unterzeichnet Kreditabkommen mit der Entwicklungsbank der Republik China**

Die Projektländer Ghana, Benin, Burkina Faso und Togo gehören, wie das ‚Deutsche Institut für Entwicklungspolitik‘ mitteilte, zu den Ländern Subsahara-Afrikas, die, trotz weltweiter Krise, in den letzten Jahren durch signifikante Reduzierung der Armut sowie verbessertes Wirtschaftswachstum gute Fortschritte erzielen konnten. Dieses für den gesamten Kontinent insgesamt positive Ergebnis wird u.a. auf eine Zunahme demokratischer Staaten (seit 1989 von 3 auf 23), den Rückgang von Konfliktsituationen sowie sukzessiv verbesserter Regierungsführung und Stabilisierung der Wirtschaftspolitiken zurückgeführt, was sich wiederum in der Reduzierung der Inflation, Sanierung öffentlicher Haushalte und dem Abbau von Handelsbilanzdefiziten niederschlägt. Als Akteure dieser positiven Entwicklung werden, neben ‚modernen‘ Politikern aufmerksamere Zivilgesellschaften und dynamische Unternehmen genannt, jedoch trügen auch grundlegende Veränderungen in der Weltwirtschaft, insbesondere das Wachstum in Asien, das eine stärkere Nachfrage nach Rohstoffen, Energie und Land für die Nahrungsmittelproduktion mit sich bringe, nicht unwesentlich dazu bei.

Die Westafrikanische Entwicklungsbank (BOAD), vertreten durch ihren Vorsitzenden, den Beniner Christian Adovelande, unterzeichnete Mitte August, am Sitz der Institution in Lomé, ein Kreditabkommen mit der Entwicklungsbank der Republik China über 60 Mio. € für die Finanzierung von Unternehmen des Privatsektors in der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion. Bereits im Jahre 2004 soll sich China mit 8 Mrd. F CFA (12,2 Mio. €) am Kapital der BOAD beteiligt haben und damit, nach Frankreich, zu deren zweitgrößtem Aktionär geworden sein.

## Meldungen zu den einzelnen Projektländern

## GHANA – SCHLAGZEILEN

1. John Atta Mills bei den Vorwahlen der Regierungspartei NDC zum Präsidentschaftskandidaten bestimmt
2. Weltbank ordnet Ghana in die Gruppe der Länder mit mittleren Einkommen ein
3. BIP im 1. Quartal 2011 angestiegen / Export von Erdöl im 1. Halbjahr
4. Inflationsrate im August leicht angestiegen
5. Kakaoernte erreicht gestecktes Ziel von 1 Mio. t
6. Erneuerung der Kakaoplantagen zur Produktionssteigerung
7. Starker Anstieg der Einfuhr gebrauchter Elektrogeräte aus Europa
8. VN-Unterstützung für ivorische Flüchtlinge in Ghana
9. Schäden durch starke Überschwemmungen und Erdbeben
10. Warnung vor Umweltschäden durch gestiegenen Verbrauch von Feuerholz und Holzkohle
11. Ghanaischer Staatsbürger in Aufsichtsrat der Internationalen Organisation für Arbeit gewählt
12. Börsenmakler ghanaischer Herkunft für Millionenverlust der Schweizer Bankenunion verantwortlich

Bei den Vorwahlen der Regierungspartei NDC Anfang Juli (siehe Vorbericht) bestimmten die rund 3.100 Delegierten den 67-jährigen amtierenden Staatspräsidenten John Atta Mills mit 96,9% der Stimmen zum Kandidaten bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2012. Seine Gegenspielerin, Nana Konadu Agyeman-Rawlings, Ehefrau des Parteigründers Jerry Rawlings, erhielt lediglich 3,1% der Stimmen.

Die Weltbank ordnete Anfang Juli das Land Ghana, bisher zu den Ländern mit niedrigem Einkommen gehörig, in die Gruppe der Länder mit mittlerem Einkommen ein.

Das auf 6,6 Mrd. GHS (ca. 4 Mrd. \$) geschätzte BIP des ersten Quartals 2011 soll, im Vergleich zum Vorjahr, um 1,2 Mrd. GHS gestiegen sein. Im gleichen Zeitraum habe der Industriesektor 21,4%, der Tertiärsektor 5,3% gewonnen, der Agrarsektor sei dagegen um 35,7% gefallen. Der Export von Erdöl wird für das erste Halbjahr 2011 mit 12,6 Mio. Barrel und einem geschätzten Wert von 1,4 Mrd. \$ angegeben.

Die Inflationsrate sank in den Monaten Juni mit 8,59% und Juli mit 8,39% weiter, stieg allerdings im August leicht auf 8,41% an.

Mit der Kakaoernte der Saison 2010/11 erreichte Ghana sein seit längerem gestecktes Ziel von knapp über 1 Mio. Tonnen. Dieser Erfolg sei, nach Aussagen des staatlichen ‚Ghana Cocoa Board‘ (COCOBOD), insbesondere auf die Liberalisierung des internen Marktes zurückzuführen. Die von dem COCOBOD getätigte Anleihe über 2 Mrd. \$ für den Ankauf der Ernten sowie Begleitmaßnahmen für die Branche sei von insgesamt über 80, größtenteils europäischen Banken, ermöglicht worden.

Im Verlauf des von dem 'International Institute of Tropical Agriculture' (IITA/ Sitz in Benin) Anfang September in Ghana, zusammen mit der Europäischen Union durchgeführten nationalen Forums für Kakaopflanzer sprach Finanzminister Kwabena Duffuor den Farmern für die diesjährige Rekordernte seinen Dank aus und kündigte die Erneuerung der Plantagen durch kostenlose Bereitstellung junger Pflanzen an. Gleichzeitig äußerte er den Wunsch nach weiterer Produktionssteigerung, um Ghana, derzeit zweitwichtigster Kakaoproduzent nach der Côte d'Ivoire, zum weltweit größten zu machen.

Nach Angaben der für den Transitverkehr zuständigen Behörden soll im vergangenen Jahr (2010) die Einfuhr gebrauchter Haushaltselektrogeräte aus Europa, im Vergleich zum Vorjahr (2009), mit insgesamt 31.400 Tonnen um 74,6% gestiegen sein. Über die Hälfte der Geräte stammte aus Großbritannien, aber auch die Einfuhren aus u.a. Deutschland, den Niederlanden und Dänemark seien im Steigen begriffen. Auf die Gefahr für die Umwelt, die insbesondere gebrauchte Kühl- und Gefriergeräte darstellen, wurde hingewiesen.

Trotz mehrfacher Aufforderungen zur Rückkehr seitens des ivoirischen Staatspräsidenten Alassane Ouattara sollen sich Ende Juli noch ca. 17.000 ivoirische Flüchtlinge in Lagern in Ghana aufgehalten haben. Die Vereinten Nationen unterstützten daher die ghanaische Regierung mit 2,1 Mio. US\$ für humanitäre Vorhaben in den Lagern von Brong Ahafo sowie in der Western und Central Region.

Heftige Regenfälle im Juli führten, insbesondere in den östlichen Regionen des Landes, zu starken Überschwemmungen und, aufgrund dort illegal betriebenen Bergbaus, zu Erdbeben, die Todesfälle und bis zu 10.000 Vertriebene zur Folge hatten. Staatspräsident Atta Mills, der die betroffene Region besuchte, versprach, weiter scharf gegen den verbotenen Bergbau vorzugehen.

Aufgrund des bereits seit mehreren Monaten knappen Haushaltsgases in Ghana stieg der Verbrauch von Feuerholz und Holzkohle, trotz erhöhter Preise, merklich an. Die 'Forestry Services Division' machte auf die damit verbundene Gefährdung der Umwelt aufmerksam, Energieminister Dr. Oteng Ajei gab der Hoffnung Ausdruck, dass in ca. 2 Jahren, mit Beginn der eigenen Gasproduktion in den westafrikanischen Ländern, der Mangel endgültig überwunden sei.

Der Vorsitzende der Vereinigung der ghanaischen Arbeitgeber, Alex Frimpong, wurde, anlässlich deren 100. Generalversammlung Ende Juni, für ein Mandat von drei Jahren, in den Aufsichtsrat der 'Internationalen Organisation für Arbeit' gewählt.

Der aus Ghana stammende, 31-jährige Kweku Adoboli, seit 2006 als Börsenmakler bei der Londoner Filiale der 'Union des Banques Suisses' tätig, soll, wie Presseberichten zu entnehmen ist, durch bereits vor zwei Jahren getätigte betrügerische Geschäfte für Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Projektländer: Ghana, Benin, Burkina Faso, Togo, 3. Quartal/2011

den kürzlich erfolgten Verlust von rund 2 Mrd. \$ der Bank verantwortlich sein. Er wurde von der Londoner Polizei festgenommen.

## **BENIN - SCHLAGZEILEN**

- 1. Verhandlungen zur Beilegung des Streiks in der beninischen Verwaltung**
- 2. Unterzeichnung eines Abkommens über progressive Gehaltserhöhung**
- 3. Starke Preiserhöhung für Importprodukte durch Neuberechnung der Zollsgebühren**
- 4. Fehlende Begleitmaßnahmen und Streik der Zollbeamten**
- 5. Vier westafrikanische frankophone Staatschefs im Weißen Haus**
- 6. Besuch des beninischen Staatspräsidenten in China**
- 7. Zählung der Beamten des öffentlichen Dienstes**
- 8. Anleihen für den Straßenbau**
- 9. Handel mit Schmuggelbenzin führt zu Schließung von Tankstellen**
- 10. Piratenangriffe auf Tankschiffe vor der beninischen Küste**
- 11. Parlament stimmt Abschaffung der Todesstrafe zu**

Anfang Juli, als der Dialog zwischen Regierung und Gewerkschaften wieder aufgenommen wurde, war der bereits seit geraumer Zeit andauernde Streik der Beamten der öffentlichen Verwaltung (siehe Vorbericht) noch nicht beigelegt. Auch die Mitarbeiter des Finanzministeriums legten erneut ihre Arbeit nieder, um ihrer Forderung nach Wiedereinführung der ihnen bereits zugesagten, dann wieder gestrichenen, Gehaltserhöhung (siehe Vorbericht) Nachdruck zu verleihen. Premierminister Pascal Koupaki, der als Vertreter der Regierung und Vorsitzender der entsprechenden gemischten Kommission die Verhandlungen führte, erklärte gegenüber der Presse, der Staat sei nicht in der Lage, die Forderungen der Arbeitnehmer zu erfüllen, die dafür nötigen Mehrausgaben in Höhe von jährlich rund 22,5 Mrd. F CFA (ca. 34,3 Mio. €) seien im Budget nicht vorgesehen. Darüber hinaus riskiere man, falls die Gehaltsmasse des öffentlichen Dienstes die festgelegte Höchstsumme von jährlich 270 Mrd. F CFA (ca. 4,12 Mrd. €) überschreite, eine Sperre der Geberkredite. Die Regierung stehe in Verhandlungen mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds, um einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Mitte Juli beschloss ein außerordentlicher Ministerrat den Lohnabzug für nicht gearbeitete Streiktage und bekräftigte gleichzeitig die Dialogbereitschaft der Regierung. Mit dem Ende Juli gefundenen Kompromiss einer progressiven Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst in den folgenden drei Jahren sowie der sofortigen Gewährung der bereits zugesprochenen Gehaltserhöhung für die Mitarbeiter des Wirtschafts- und Finanzministeriums, erklärten sich alle Parteien einverstanden, ein entsprechendes Abkommen wurde Anfang September unterzeichnet. Die Gewerkschaften wurden gebeten, in den nächsten vier Jahren keine weiteren Gehaltserhöhungen durch Streikmaßnahmen geltend zu machen.

Als Grund für die Anfang August festgestellte erhebliche Teuerung für importierte Grundbedarfsgüter auf den beninischen Märkten wurde eine neu eingerichtete Struktur für die Berechnung der Zollgebühren benannt, die, da sie über modernes Material wie Scanner verfüge, nun - was bisher nicht der Fall war - den tatsächlichen Inhalt einer Ladung bestimmen und somit „echte“ Zollgebühren erheben könne, was, vor dem Hintergrund, dass ca. 80% der Einnahmen des Landes aus Zollgebühren bestehen, eine nicht unwichtige Neuerung darstellt.

Die Regierung versuchte den Vorwurf, die Bestimmung ohne jegliche vorhergehende Informationsmaßnahmen sowie Dialog mit den Betroffenen (Importeure, Händler und Verbraucher) eingeführt zu haben, dadurch wieder gutzumachen, dass Minister und selbst der Staatspräsident landesweit Märkte aufsuchten, wo sie mit deren Nutzern sprachen und um Verständnis warben. Die allgemeine Unzufriedenheit konnte allerdings nicht sofort beseitigt werden.

Die Zollbeamten, die Anfang September in einer Pressekonferenz von tätlichen Angriffen (aufgrund der erhöhten Gebühren) berichteten, riefen Mitte des Monats zu einem zweitägigen Warnstreik mit der Forderung ihre Sicherheit zu garantieren, auf. Ende September verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das Militär, Sicherheitskräften sowie paramilitärischen Korporationen, darunter auch Zollbeamten, das Streikrecht abspricht. Nachdem zunächst die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes damit drohten, den Streik wieder aufzunehmen, hatte sich die Situation zum Monatsende beruhigt, die Zollbehörde legte eine Sonderschicht ein, um das Versäumte nachzuholen.

Nachdem der amerikanische Staatspräsident Barack Obama Anfang Juni 2011 mit seinen Amtskollegen der beiden erdölfördernden Staaten Goodluck Jonathan (Nigeria) und Ali Bongo (Gabun) zusammen getroffen war, lud er Ende Juli die vier westafrikanischen frankophonen Staatschefs Boni Yayi (Benin), Alassane Ouattara (Elfenbeinküste), Mamadou Issoufou (Niger) und Alpha Condé (Guinea) zu einer einstündigen Unterredung ins Weiße Haus ein. Dies war als Geste gegenüber den in diesem Jahr auf demokratischem Weg und ohne Verfassungsänderung neu oder wiedergewählten Staatspräsidenten verstanden. Obama bestätigte damit u.a. seine vor zwei Jahren (Juli 2009) vor dem ghanaischen Parlament gemachte Aussage, sein Land werde die Gute Regierungsführung und neues afrikanisches Leadership fördern. Er forderte seine Gäste auf, dem Kontinent als positives Beispiel zu dienen und sicherte weitere bedingungslose Unterstützung der USA für Afrika zu, die für das laufende Jahr mit 7 Mrd. \$ beziffert wurde.

Mitte September hielt sich der beninische Staatspräsident Boni Yayi in China auf, wo er unter anderem, gemeinsam mit seinem chinesischen Amtskollegen, bekräftigte, die bestehenden guten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern weiter pflegen zu wollen sowie die Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Landwirtschaft, Kultur, Erziehung und öffentliches Gesundheitswesen zu verstärken.

Im Rahmen einer im August durchgeführten Zählung der Staatsbeamten mit dem Ziel, fiktive Gehaltsempfänger zu eliminieren und so die Personalausgaben des öffentlichen Dienstes besser planen und kontrollieren zu können, wurden die Ministerien, Staatsbetriebe sowie weitere öffentliche Ämter gebeten, alle pensionsberechtigten Beamten, die noch im Dienst sind, aufzufordern, ihren Anspruch geltend und so der nachwachsenden Generation Platz zu machen.

Das beninische Parlament stimmte einer Anleihe von 17,7 Mrd. F CFA (ca. 27 Mio. €) seitens der Westafrikanischen Entwicklungsbank (BOAD) zu und ratifizierte ein Abkommen über eine Anleihe beim ‚Kuwaitischen Fonds für die wirtschaftliche Entwicklung‘, wobei es sich jeweils um Teilfinanzierungen für die Modernisierung von Überlandstraßen handelt.

Trotz mehrfacher Versuche der Regierung, den seit Jahren florierenden Handel mit Schmuggelbenzin aus Nigeria zu unterbinden, entwickelt sich der Schwarzhandel wesentlich besser als der offizielle, so dass nun erste große internationale Konzerne ihre Tankstellen in Benin schließen mussten.

Während es bisher kaum Fälle von Piraterie vor der beninischen Küste gab, wurden seit Jahresbeginn mehrere geglückte Angriffe auf Tankschiffe gemeldet, insbesondere seit die nigerianische Polizei mit Erfolg gegen die Piraterie vor ihrer Küste vorgeht. Nach Auskunft der beninischen Hafenbehörden konnten, trotz fehlender entsprechender Ausrüstung, mehrere Fälle vereitelt werden. Um das Phänomen im Keim zu ersticken wurde nun eine bilaterale (Benin/Nigeria) Patrouille eingerichtet, die, neben ihrer Hauptaufgabe, die Piraterie vor der Küste zu bekämpfen, auch gegen illegalen Fischfang, Schmuggel und Diebstahl von Erdöl auf hoher See vorgehen wird. Piratenangriffe wurden anschließend auch aus dem Nachbarland Togo gemeldet.

Am 18.08. gab das Parlament sein Einverständnis zur Abschaffung der Todesstrafe. Damit trat das Land Benin dem ‚Internationalen Pakt für zivile und politische Rechte‘ vom Dezember 1989 bei. Die Todesstrafe war schon seit geraumer Zeit nicht mehr vollstreckt worden.

## **BURKINA FASO - SCHLAGZEILEN**

- 1. Massenentlassung in der Armee im Anschluss an die Meutereien der letzten Monate**
- 2. Frankreichs Unterstützung für Demokratie und transparente Wahlprozesse**
- 3. Parlament beendet vorzeitig Mandat der Unabhängigen Wahlkommission**
- 4. Neue Wahlkommission eingesetzt**
- 5. ‚Beratende Versammlung für konstitutionelle Reformen‘ spricht sich gegen Verfassungsänderung aus**
- 6. Weitere Diskussion zur Verfassungsänderung angekündigt**

## 7. Verurteilung von drei Polizisten im Fall Justin Zongo

## 8. Vermeintliches Grab von Thomas Sankara geschändet

Mitte Juli wurden insgesamt etwas über 560 Soldaten, größtenteils aus Bobo Dioulasso, die in den Monaten zwischen März und Juni (siehe Vorbericht) an den Meutereien in der Armee beteiligt waren, welche wiederum Schäden in geschätzter Höhe von rund 7 Mio. € verursachten, entlassen. Wie der Oberbefehlshaber der Armee, General Nabéré Honoré Traoré, bei diesem Anlass erklärte, könnten durchaus weitere Entlassungen folgen. Es handelt sich dabei um das erste Mal in der Geschichte des Landes, dass eine solche Maßnahme, die durchaus auch abschreckend wirken soll, durchgeführt wird.

Anfang Juli, anlässlich eines offiziellen Besuchs in Frankreich, traf der burkinische Premierminister Luc Adolphe Tiao auch mit dem französischen Außenminister Alain Juppé zusammen, der ihm u.a. zu verstehen gab, dass Frankreich ‚Demokratie und Wechsel‘ sowie nur ‚echte, glaubwürdige und transparente Wahlprozesse‘ zu unterstützen bereit sei, ‚Versuche oder Versuchungen, die Verfassung zu ändern‘ würden von Frankreich als unangebracht abgelehnt. Eine ähnliche Botschaft ging auch an Kamerun und die Demokratische Republik Kongo, in beiden Ländern stehen Wahlen an.

Ebenfalls Anfang Juli beendete das burkinische Parlament vorzeitig das Mandat der fünfzehn Mitglieder (Regierungsmehrheit, Opposition und Zivilgesellschaft zu gleichen Teilen) der Unabhängigen Wahlkommission (CENI). Anfang Juni hatten die Vertreter der Opposition die Kommission verlassen, nachdem sie vergeblich den Rücktritt des (seit 2001) Kommissionsvorsitzenden Moussa Michel Tapsoba gefordert hatten, dem sie vorwarfen, im November 2010 „katastrophale“ Präsidentschaftswahlen organisiert zu haben. Michel Tapsoba verstarb Mitte Juli in Ouagadougou.

Der Vorsitzende der am 01.08. neu eingesetzten Wahlkommission, Barthélémy Kéré, Rechtsanwalt und ehemaliger Präsident der burkinischen Anwaltskammer, war, als einer der Vertreter der Zivilgesellschaft, bereits Mitglied der vergangenen Kommission. Er gilt als integer und wird auch von der Opposition geschätzt. Letztere verlangt eine Neufassung des Wählerverzeichnisses sowie die Ausgabe von biometrischen Wählerausweisen.

Im gleichen Monat veröffentlichte die, nach den sozialen Unruhen der vergangenen Monate, von Staatspräsident Blaise Compaoré ins Leben gerufene ‚Beratende Versammlung für konstitutionelle Reformen‘ ihren Bericht, in dem sich deren Mitglieder u.a. einstimmig gegen eine Änderung des Verfassungsartikels 37 (unbegrenzte Mandatsverlängerung für den Staatspräsidenten) aussprechen. Da, wie im Vorbericht erwähnt, die wichtigsten Oppositionsparteien, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie Gewerkschaftszentralen die Mitarbeit in der ‚Beratenden Versammlung‘ verweigern, kann dies als Bestätigung gesehen werden, dass die Absicht der Regierungspartei, die Verfassung entsprechend zu ändern, selbst in den eigenen Reihen nicht unumstritten ist. Anlässlich der offiziellen Übergabe des Berichts verpflichtete sich Staats-

präsident Blaise Compaoré zur Achtung der Verfassung, ohne sich allerdings zu dem entsprechenden Artikel zu äußern. Die Opposition zeigte sich damit nicht zufrieden und verlangte eine klare Stellungnahme.

Da die ‚Beratende Versammlung‘ lediglich Empfehlungen abgibt und dem Parlament (85% regierungstreue Abgeordnete) die letzte Entscheidung zukommt, bleibt die Frage der Änderung von Artikel 37 der Verfassung weiter offen. Der Vorsitzende der Regierungspartei CDP, Roch Christian Kaboré, erklärte, die Angelegenheit werde weiter, u.a. auch in den 13 Regionen des Landes, diskutiert.

Im August, rund acht Monate nach dem bislang nicht völlig aufgeklärten Tod des Schülers Justin Zongo (siehe dazu Vorberichte), der Auslöser für die sozialen Unruhen und Meutereien der folgenden Monate war, wurden drei Polizisten, die für dessen Tod verantwortlich sein sollen, aufgrund von ‚Schlägen mit Todesfolge und Beihilfe dazu‘ zu Gefängnisstrafen von acht und zehn Jahren verurteilt.

Ende Juli wurde das vermeintliche Grab des ehemaligen burkinischen Staatspräsidenten (1983 bis 87) Thomas Sankara, in Ouagadougou, geschändet. Seine in Frankreich lebende Witwe, Mariam Sankara, zeigte sich schockiert und verlangte eine Erklärung seitens der Regierung.

## **TOGO – SCHLAGZEILEN**

- 1. Abschluss der Ermittlungen im Prozess um den Putschversuch von 2009 / Festnahme des Generals im Ruhestand Assani Tidjani**
- 2. Verurteilung von Kpatcha Gnassingbè wegen versuchten Staatsstreiches**
- 3. Ehemaliger Premierminister wegen Unterschlagung verurteilt**
- 4. Kommission ‚Vérité, justice et réconciliation‘ beginnt mit der Phase der Anhörungen**
- 5. Streik der Gewerkschaften verschoben**
- 6. Abkommen für Anleihen unterzeichnet**
- 7. Zählung der Staatsbeamten**

Im Zuge der Ermittlungen über den im April 2009 versuchten Staatsstreich, die Ende Juli als abgeschlossen erklärt wurden, wurde am 22.07. Assani Tidjani, General im Ruhestand, ehemaliger Generalstabschef der togoischen Armee (1997-99) und Verteidigungsminister (2000-05), festgenommen. Tidjani, enger Freund des ehemaligen Staatspräsidenten Gnassingbè Eyadema, der maßgeblich an der Machtübernahme von dessen Sohn Faure Gnassingbè im Jahr 2005 beteiligt gewesen sein soll, wird vorgeworfen, mit dem Hauptverdächtigen des versuchten Staatsstreichs, dem Halbbruder des Staatspräsidenten, Kpatcha Gnassingbè, zur Tatzeit in Verbindung gewesen zu sein. Letzterer war, zusammen mit den insgesamt in dieser Angelegenheit festgenom-

menen 31 Zivil- und Militärpersonen, von denen Mitte April zehn freigelassen wurden, seither in den Räumen der Staatssicherheit festgehalten worden.

Am 15.09. nach zwei Vertagungen und zwei Wochen Verhandlung, wurde Kpatcha Gnassingbè zu 20 Jahren Gefängnis, Beschlagnahmung seiner Güter und Verlust der Bürgerrechte verurteilt. Gegen das Urteil ist kein Einspruch möglich. Die Nationale Kommission für Menschenrechte erhielt offiziell den Auftrag über während des Prozesses von Angeklagten erhobene Vorwürfe, Geständnisse seien mit Folter erpresst worden, zu ermitteln. Alle Verurteilten sind inzwischen im Gefängnis und nicht mehr im Staatssicherheitsdienst untergebracht.

Eugène Koffi Adoboli, ehemaliger Premierminister (1998-2000) wurde, zusammen mit zwei weiteren ehemaligen Mitgliedern seiner Regierung, in Abwesenheit zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt. Ihnen wird vorgeworfen, in Vorbereitung des Gipfeltreffens der Organisation der Afrikanischen Union im Jahre 2000 in Togo rund 800 Mio. F CFA (1,22 Mio. €) veruntreut zu haben. Adoboli, der in Genf lebt, erkannte das Urteil nicht an, ein internationaler Haftbefehl wurde erlassen.

Die im Jahre 2008 gegründete Kommission ‚Vérité, Justice et Réconciliation‘ (Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung) zur Aufklärung der in Togo insbesondere im Jahr 2005 begangenen Gewalttaten, bei denen es, nach VN-Schätzungen bis zu 500 Tote gegeben haben soll, begann Anfang September mit den Anhörungen der Opfer und/oder deren Angehörigen. Die für insgesamt zwei Monate in allen größeren Städten des Landes vorgesehenen Anhörungen, aufgrund der insgesamt rund 20.000 in den vergangenen zwei Jahren von der Kommission landesweit aufgenommenen Klagen, finden, je nach Fall, öffentlich oder hinter verschlossenen Türen statt. Die Kommission wird anschließend Empfehlungen zu Entschädigungen und/ oder eventuellen Verurteilungen abgeben.

Ende Juli verschoben die Gewerkschaftsverbände einen geplanten Streik gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise sowie der allgemeinen Lebenshaltungskosten, um der Regierung Gelegenheit zu geben, entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Bei einem Treffen zwischen Regierungs- und Gewerkschaftsvertretern hatten letztere dazu Vorschläge übergeben.

Anfang August wurde ein Abkommen mit Frankreich über eine Anleihe von 3,3 Mrd. F CFA (5,03 Mio. €) für Sanierungsarbeiten in der Hauptstadt, insbesondere die Errichtung einer Endmülllagerstätte abgeschlossen. Eine weitere Anleihe von 20 Mrd. F CFA (ca. 30,5 Mio. €) bei der Westafrikanischen Entwicklungsbank (BOAD) soll der Verbesserung der Stromversorgung des Landes dienen.

In Zusammenarbeit mit UNDP werden die derzeit nahezu 50.000 togoischen Staatsbeamten gezählt, die letzte Zählung geht auf das Jahr 1985 zurück.

Brigitte Mäntele-Enweani

Die Autorin ist freie Mitarbeiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Cotonou / Benin.

IMPRESSUM

Erstellt: 05.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iz@hss.de](mailto:iz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)